

Antrag

**der Abgeordneten Detlef Ehlebracht, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

Betr.: Sperrung Ehestorfer Heuweg – Erneute Prüfung dringend geboten

Anfang März, so hat es der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) geplant, sollen die ersten Bauarbeiten am Ehestorfer Heuweg beginnen. Nach einer zunächst angekündigten neunmonatigen Vollsperrung der gesamten Hauptverkehrsader zwischen Hamburg und der Landesgrenze zu Niedersachsen hatte der LSBG vor einigen Wochen eine neue Variante „aus dem Hut gezaubert“. Künftig soll in zwei Bauabschnitten gearbeitet werden: sieben Monate Vollsperrung zwischen Landesgrenze und Rudolf-Steiner-Schule und im kommenden Jahr acht Monate ab Cuxhavener Straße, also südlich der B 73, bis zur Rudolf-Steiner-Schule.

Am 28. Januar fand die erste öffentliche Informationsveranstaltung für die Baumaßnahme „Ehestorfer Heuweg“ statt. Mehrere Hundert Anwohner und sonstige Betroffene sowie die Bürgerinitiative „Verkehrsnotstand Rosengarten“, Vertreter der Bezirkspolitik und Bürgermeister der angrenzenden Gemeinden waren gekommen, um ihren Unmut zu äußern, ihre Nöte mitzuteilen, aber auch, um einmal von offizieller Seite informiert zu werden.

Zum Ende der zweistündigen Veranstaltung versprachen die Vertreter des LSBG, Hans Grote und Frank Fiedler, die Anregungen und Änderungswünsche der Anwohner mitzunehmen und zu überprüfen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend den LSBG mit den nachfolgenden Maßnahmen zu beauftragen, um die geplante Vollsperrung zu verhindern.

1. Alternativen des Rad- und Gehweges durch den Wald prüfen unter Angabe der Kosten für eine dauerhafte Route.
2. Verzicht auf die geplante Verkehrsinsel als unnötiges Verkehrshindernis.
3. Überprüfung einer Zusammenlegung beider Entwässerungsrohre, gegebenenfalls auf der Gegenseite, unter dem geplanten Rad-/Fußweg.
4. Prüfung eines Blockverkehrs unter Herausnahme des Schwerlastverkehrs.
5. Prüfung einer einseitigen Verkehrsführung für die gesamte Bauphase, gegebenenfalls morgens und abends in unterschiedliche Richtungen.
6. Einbeziehung niedersächsischer Interessen.
7. Wahrnehmung allgemeiner Anwohnerbeschwerden sowie existenzieller Nöte einzelner Betroffener mit Lösungsvorschlägen und individuelle Auseinandersetzung.
8. Verbindliche Zusage von Passierscheinen für Anwohner.
9. Verkürzung der gesamten Bauzeit, auch unter Prüfung einer Bonus-Malus-Regelung.

10. Die konkrete Planung der Verkehrsführung einschließlich der Ausweisung einer Umleitung für die Bremer Straße und die Winsener Straße endlich beenden (siehe Drs. 21/13659).